

Quelle: <http://nds-bremen.verdi.de/-/iS1> (29.09.2010)

Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission, Tarifverträge und mehr

Die Kirche und ver.di verbindet eine Reihe von Werten, die mitunter verteidigt werden müssen:

- "Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen"
- "Auskömmliche Finanzierung sozialer Leistungen sichern"
- "Ohne Sonntage gibt es nur Werkzeuge"

sind einige Themen, bei denen ver.di und die Kirche als Bündnispartner agieren könnten und gelegentlich auch tun. Das Bündnis könnte noch viel mehr bewegen, wenn Vorbehalte und Differenzen abgebaut werden. Es muss eine Vertrauenskultur wachsen, die verlässlich ist. Dieser Vertrauenskultur steht derzeit der Streit um die kirchliche Arbeitsrechtsregelung entgegen. Für ver.di ist es schwierig, mit der Kirche als Bündnispartner zu agieren, wenn die Gewerkschaft in ihrem wichtigsten Betätigungsfeld – der Tarifpolitik – von der Kirche nicht als Partner anerkannt und der Abschluss von Tarifverträgen nicht akzeptiert wird. Wir sind deshalb in Gespräche mit der Kirche und der Diakonie eingetreten, um die Tarifvertragsfrage zu klären.

Dieser Dialog hat begonnen und ist noch nicht beendet. Wir führen die Gespräche in der Überzeugung, dass Tarifverträge für Alle von Vorteil sind:

- Für die Beschäftigten, weil sie damit tarifliche Bedingungen erhalten, welche von gleichberechtigten Verhandlungspartnern gestaltet werden und sie so gestellt werden, wie z. B. die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- Für die Kirche, weil sie damit ein Konfliktfeld befrieden könnte (Arbeitsrecht), welches zur Zeit insbesondere in der Diakonie rumort; sie könnte Glaubwürdigkeit zurück gewinnen, die sie z. Zt. auf mehreren Ebenen verliert.
- Für ver.di und die Kirche, weil wir gemeinsam als Bündnispartner stärker als bisher agieren könnten.

Ganz in diesem Sinne ist das anliegende Schreiben entstanden. Wir drücken darin unseren Willen aus, konstruktive Gespräche über die zukünftige Arbeitsrechtsregelung mit den Landeskirchen zu führen – im Interesse der Beschäftigten und im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die wir als Gewerkschaft haben, um gegen unsoziale Politik gemeinsam mit der Kirche agieren zu können.

Übrigens: Wenn die ADK nicht bis zum November 2010 neu besetzt wird, bleibt die alte ADK noch längstens 12 weitere Monate im Amt.